

Riesfaer Tageblatt

Deutsches
Tageblatt
Herausg. Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postfachamt
Desden 1524.
Groselager
Riesfa Nr. 22.

Nr. 31.

Montag, 6. Februar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 7 Mark 20 Pfennig, durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Einzelhefte die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Setze (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamsetze 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kupfer, feste Letze, Bewältiger Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gesetzt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa, 14-tägige Anzeigungsverträge. „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Ranges & Bisterlich, Riesfa, Schützenstraße 56. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Uhlmann, Riesfa. für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesfa.

Memelland — betrogenes Land.

Vor einigen Tagen ist der litauische Ministerpräsident Wolodmaras nach mehrtägigen Konferenzen mit der Reichsregierung von Berlin nach Romno zurückgekehrt. Er hat seinen Grund, mit den Ergebnissen unzufrieden zu sein. Mehr noch als nach seiner Rückkehr aus Genf von der Sitzung des Völkerbundesrates kann er sich greifbarer diplomatischer Erfolge rühmen: er bringt einen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag mit der Unterchristi des deutschen Außenministers nach Hause; es ist ihm auch in mancherlei anderen Dingen gelungen, eine nach Angabe des barmherzigen Kommissars „weitgehende Uebereinstimmung“ seiner und Stresemanns Ansichten herbeizuführen, er hat ferner den Handelsvertragsverhandlungen, ohne deren baldigen Abschluß Litauen mit Riesfaerritten dem Staatsbankrott entgegensteht, einen kräftigen Anstoß geben können, und er hat es schließlich sogar fertiggebracht, die heikelste aller deutsch-litauischen Fragen, das Memel-Problem, wieder einmal auf die lange Bank zu schieben, nach dem Grundsatze: Zeit gewonnen, alles gewonnen. Das deutsche Kommissariat, das ja von Herrn Wolodmaras mitredigiert wurde, tut diese lächerliche deutsche Frage mit ein paar erstaunlich optimistischen Sätzen im Silberstreifen-Stil ab, ohne mit klaren Worten Tatsachen dieser angeblich „betriedigenden“ Regelung zu benennen.

Verhandlungsergebnisse sind die Summe der von den Partnern gemachten gegenseitigen Zugeständnisse. Es wäre unnötig, an diese Binnenweisheit ein Wort zu verschwenden, wenn wir nicht seit nun bald zehn Jahren immer wieder die Erfahrung gemacht hätten, daß das Reichs-Kriegs-Deutschland bei allen von und mit ihm geschlossenen Verträgen, Abkommen usw. fast ausnahmslos ungetreulich mehr gegeben hat als die Kontrahenten. Das wird es erst vom Tag der Welt verfohlen, dann bestrafte und selbst unfrei gewordenen Volk nicht immer vermeiden können, wenn es seinen Arbeitslohn am Direktionsversteck der Welt allmählich wiedergewinnen will. Das wird selbst ein viel kleineres Volk als das deutsche unter allen Umständen vermeiden müssen, wenn es sich um einen Partner handelt, für den weder Völkerrecht noch Menschenrecht, noch irgend eine juristische Bindung maßgebend ist. Diese billige Erkenntnis hat und von allen unseren völkerrechtlich getragenen Gegenpartnern außer Frankreich und Polen niemand so gründlich beigebracht, wie der innerlich höchst unsichere, machtpolitisch bedeutungslose Zwerghaas Litauen mit seinem „Diktator“ Wolodmaras, der alles, was ihm an Form und Inhalt, durch eine dreifache Stirn und eine beispiellose Unauferlässigkeit erweist.

Die deutsch-litauische Frage besteht immer noch: Memelgebiet. Ueber allen unseren innen- und außenpolitischen Sorgen, sie mögen Verfallenes oder Neues, Rheinland oder Südbalt, Oberschlesien oder Ostpreußen heißen, ist dieses durch einen Vergewaltigungsakt der Siegerstaaten und entziffene urdeutsche Land in den Nachkriegsjahren allmählich zum schände vernachlässigt, ja anheimelnd sogar schon aufgegebenen deutschen Ackerfeld geworden. Nichts half ihm bisher das Genfer Völkerbündnisrecht, das nur gegen Deutschland für nichtdeutsche Minderheiten gilt, nichts die sehr einfache Memelkonvention, die ohnehin schon ein Minimalabkommen darstellt. Wolodmaras schaltet und waltet im Memelland mit derselben völkerrechtlichen gebildeten Willkür, wie Pilsudski in Oberschlesien, wie Kuskolimi in Südbalt, wie die „neutrale“ Regierungskommission im Saargebiet, wie Poincaré im Rheinland. Der Sonntag wird nach Belieben aufgelöst oder einberufen, das Landespräsidentium litauisch durchsetzt, deutsche Beamte, Lehrer, Weibliche, Redakteure aus Amt und Stellung verjagt, die Wahlen durch die in Memel stationierten und kurzzerbond als „ortsanfällig“ bezeichneten litauischen Truppenentele terrorisiert und verhindert, Beschwerden in Romno abgewiesen oder in Genf hintertrieben und fortgelassen — all dies in schroffem Widerspruch zu der lebhaftig auf dem Papier stehenden Memelkonvention. Es sind ja nur Deutsche!

Wie eine höhnische Geste wirkt es demgegenüber, wenn Genf im September 1926 das Bescheidener (1) des Memellandes beim Völkerbund erneut ausdrücklich anerkannt. Aber wie alle unangenehmen Fragen, die durch die feige Gewaltpolitik der Sieger zum offenen Skandal wurden und durch die die schamlose Deuselei der Völkerbunds-Kommissionen allzu nahe ans Rampenlicht der Weltbühne gerückt wurde, wird auch die seit dem Verfallener Unglücksfällen am Völkerbund (Sprich: Siegerstaaten-)Versammlung zur anderen verlagert. Genfer Politik heißt alles möglich, nur nicht die Dinge beim rechten Namen nennen und positive Arbeit leisten. Wie leicht könnte die Atmosphäre der ortsanfällig gewordenen Vorkriegslogik geklärt, wie leicht Herr Briand das Konzept zu einem seiner litauischen Negativtate verborden werden!

Dort in Genf, in einer Luft, die mit Fäulnisstank gefüllt ist, stellt sich auch der litauische Ministerpräsident Wolodmaras hin — es ist noch kein Jahr her — und tat in einer regierungsähnlich groß ausgelegenen Sitzung ein feierliches Gelöbniß im Angesicht der Welt, daß hinfert die vorerstritten Rechte der Memelländer aufs strengste gewahrt werden würden. Das Angesicht der Welt zeigte keine Befriedigung, man hatte sein Spektakel gehabt, und während die deutsche Delegation hochbefriedigt nach Hause fuhr und vom guten Entel Wolodmaras erzählte, fand Deutschland wieder einmal als lästiger Querschnitt und Vitium als edelmütiger Veröhnungsbarde da. Daß die litauische Schiedsgerichtsbarkeit im Memelgebiet auch nicht einen Tag aufgeschoben hätte, daß Gouverneur und Militärkommandant das Land und seine rechtmäßige Vertretung mit allen und neuen Schritten weiter walträtieren, daß Wolodmaras

Krise im Zentrum.

Imbusch und Stegerwald auf dem westfälischen Zentrumsparteitag.

M Hamm (Westf.) Western sagte in Hamm unter harter Beteiligung der Partei für die westfälische Zentrumspartei. Reichskanzler Dr. Marx, der das Hauptreferat halten sollte, war durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Das Hauptreferat hielt Professor Dr. Schreiber. Seine Ausführungen drehten sich im allgemeinen mit der letzten Rede des Reichskanzlers auf der Parteiauswahltagung in Berlin.

Nach Prof. Schreiber ergriff Abgeordneter Imbusch das Wort. Er führte u. a. aus: In der letzten Zeit haben wir nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten in der Partei gehabt. Es handelt sich nicht um persönliche Gegensätze, es handelt sich vielmehr um weitgehende sachliche Meinungsverschiedenheiten. Deshalb ist auch die Kameradschaft nicht mit einer schönen Erklärung aus der Welt zu schaffen. Wenn die Meinungsverschiedenheiten öffentlich ausgetragen wurden, so ist das geschehen, weil sie in Berlin nicht zu besettigen waren. Ich persönlich habe den Eindruck, daß alles Reden und auch die durchgreifenden Gründe auf manchen nicht wirken, und deshalb habe ich in Berlin vor der Verabschiedung der Beschlüsse in der Fraktion ausdrücklich gesagt, ich hätte es für meine Pflicht, die Wähler aufzuklären und offen in der Partei über die Dinge zu reden, weil wir zu einer Klärung der Frage kommen müssen, denn schließlich sind die Wähler und nicht die Zentrale in Berlin die wichtigste Instanz. Ich stelle ausdrücklich fest, die Differenzen sind noch nicht erledigt. Sie lassen sich nicht erledigen durch schöne Erklärungen, dafür können sich die armen Leute kein Pfund Brot kaufen. Meiner Ansicht nach hat die Regierung in wirtschaftlichen und sozialen Dingen mandamental solche Auffassungen vertreten. Bei der Beschlusseinstimmung ist nicht die Wirkung auf die anderen Kreise des Volks, auf die Wirtschaft, auf den Arbeiterstand und den Mittelstand berücksichtigt worden. Wir sind nicht

gegen das Berufsbeamtentum; nach meiner Auffassung hat sich um die Rettung des Berufsbeamtentums gerade der Abgeordnete Stegerwald hochverdient gemacht. Man hätte aber nicht die Forderungen der Arbeiter abweisen sollen mit dem Hinweis darauf, daß die Wirtschaft sie nicht tragen könne, und gleichzeitig die Beschlusseinstimmung den Beamten geben sollen. Die Beschlusseinstimmung fordert solche Summen, daß Reichsbahn und Reichspost Aufträge rückgängig machen mußten und viele Arbeiter dadurch arbeitslos geworden sind. Es ist das Notwendigste, daß wir für jeden Arbeit und Brot schaffen. Die Partei hat die Pflicht, hier nach dem Rechte zu leben.

Zahlreiche Arbeitervertreter nahmen zu den Ausführungen des Abg. Imbusch Stellung.

Abg. Stegerwald kritisierte die Art und Weise, wie die Beschlusseinstimmung zustande gekommen sei und forderte, daß die Stellung des Arbeiters in wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Leben verbessert werde.

Die zum Schluß angenommene Entschließung stellte sich auf den Boden der Entschließung, die am 20. Januar vom Reichsparteitag in Berlin gefaßt wurde.

M Hamm. In der Entschließung heißt es u. a. weiter: Die in der Reichsverfassung begründete Republik sei die begründete Lebensform, die dem deutschen Volke den Bedenken in schwerer Zeit gehalte. Nur eine gefestigte politische Staatsform werde erfolgreiche Verhandlungen mit dem Auslande gewährleisten, die über die Reparationsfragen und das Schicksal des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft entscheiden.

M Hamm. Im Rahmen des Provinzialparteitages des westfälischen Zentrums sprach hier am Sonntag der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Schreiber. Der Redner führte u. a. aus, daß das Zentrum nicht daran denke, auf den harten Aktivismus, den die Partei seit der Begründung der Republik entwickelt habe, zu verzichten. Prof. Schreiber betonte ferner, daß der Simultanparagraf in der bestehenden Fassung absolut unannehmbar sei. Er schaffe in Südbalt und Mitteldeutschland kulturpolitische Enklaven,

dies alles nicht nur billige, sondern auf neue Memeler Klagen und deutsche Hinweise auf die Genfer Erklärung zurück behauptete, das Memelland habe keinerlei Grund zu Beschwerden — das würde die Akteure der Genfer Komödie nicht einen Augenblick. Es war dies derselbe Wolodmaras, der noch im Herbst 1926 als „ganzlich bedeutungsloser Professor der Geschichte in dem Romner Blatt „Neuzeit“ mit einer wohlbedachten Verhöhnung vor dem Memelland schrieb: Von den in der Memelkonvention versprochenen Wohlthaten ist dem Memelgebiet noch keine einzige gegeben worden... Bei der gewalttätig-demokratischen Regierung ist eine Politik der Gerechtigkeit und des Rechtes unmöglich. Die Regierung ging alle Verpflichtungen ein, das aber bis heute noch keine einzige erfüllt. Jetzt ist Wolodmaras selbst der Strohmann der „christlich-demokratischen“ Partei. Er hat dafür gesorgt, daß das, was er 1926 über die unwürdige Lage des Memelgebietes schrieb, bis heute in viel schlimmerer Bedeutung wahr geblieben ist.

Die rasche Verhandlungsfreude der Reichsregierung, die also ihre Bereitwilligkeit zu weiteren Zugeständnissen in diesen Tagen in ebenso unbegrifflich wie die Weltgütigkeit des deutschen Volkes gegenüber seinen Memeler Brüdern. Vielleicht haben diese aus dem Ergebnis der Berliner Verhandlungen Erfahrungen geschöpft. Leider hat man angesichts der notorischen Unglaubwürdigkeit Wolodmaras allen Grund zu der Befürchtung, daß sie noch weiter dulden müssen.

Wird der Mietersturz bestehen bleiben?

Morgen Abstimmung im Reichstage.

an Berlin. Morgen steht im Reichstag die Verlängerung der Mietersturzgesetze auf der Tagesordnung. Es ist wohl sicher, daß sie nach den Vorschlägen des Ausschusses mit beträchtlicher Mehrheit angenommen werden, da auch Demokraten und Sozialdemokraten dafür eintreten dürften. Die neuen Bestimmungen geben dem Vermieter ein Kündigungsrecht, dem Mieter dagegen das Recht des sofortigen Einspruchs. Die Bestimmungen, in welchen Fällen eine Kündigung gerechtfertigt ist, sind derzeit formuliert, daß der Vermieter, also die Wohnungszwangswirtschaft, in vollem Umfang auftreten erhalten bleibt. Die Mieter werden einzeln darauf zu achten haben, daß sie die geltend hierzu bemessene Einspruchsfrist nicht veräumen.

Auf die Abstimmung, die vermutlich eine namentliche sein wird, ist man in parlamentarischen Kreisen sehr gespannt. Es ist nämlich ein offenes Geheimnis, daß die Vorlage in der Ausschlußfassung durchaus nicht bei allen Abgeordneten der Regierungsparteien Zustimmung gefunden hat, da viele — vor allem in der Deutschen Volkspartei, aber auch bei den Deutschnationalen und beim Zentrum — eine baldige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft herbeiführen. Noch in letzter Stunde sind in dieser Hinsicht Vorstöße unternommen worden, die wohl in der Hauptsache auf die Initiative der Wirtschaftspartei zurückzuführen sind.

Es ist unverkennbar, daß gerade bei der Entscheidung über diese Frage bei allen Parteien wahlpolitische Erwägungen eine große Rolle spielen, da das Problem der Wohnungszwangswirtschaft, wenn nicht alles täuscht, im Wahlkampf eine erhebliche Rolle spielen dürfte. Die Sozialdemokratie würde es zweifellos gern sehen, wenn die bürgerlichen Parteien ihr hier erwünschten Agitationsstoff in die Hände spielen würden, während bei den bürgerlichen Parteien wiederum die Haltung der Wirtschaftspartei, der Hauptkonkurrentin des nächsten Wahlkampfes, mit Interesse beobachtet wird. Trotz alledem hätte sich für das Weiterbestehen des Mietersturzes vielleicht doch keine Mehrheit gefunden, wenn nicht der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit der ganzen, ihm eigenen Energie dafür einsetreten wäre. Man darf jedenfalls auf das Ergebnis der Abstimmung im Reichstag gespannt sein, und es wird besonders Interesse haben, festzustellen, ob und wieviele Abgeordnete dieses Mal der offiz. Parteiparole nicht Gehorsam leisten:

Barter Gilbert fordert 30 Milliarden als endgültige Reparationssumme?

* Berlin. (Tel.) Der „Montag“ gibt eine Meldung der New York Times aus Paris wieder, nach der Barter Gilbert als er von der Reparationskommission sprach, an 30 Milliarden Goldmark als endgültige Reparationssumme gebietet habe, obwohl er die Summe nicht aufgeführt habe.

Als der Reparationskommission aus Kreisen der Reparationskommission darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß es Sache der alliierten Regierungen sei, die Summe festzusetzen, habe er geantwortet, daß er seinen Pflichten nicht übertritten hätte und daß er sehr wohl wisse, daß die alliierten Regierungen für die Festlegung der Endsumme zuständig seien, da er aber als Reparationsagent für die Ausführung des Dawesplanes verantwortlich sei, habe er auch das Recht, darauf aufmerksam zu machen, daß Deutschlands Auslandskredit unter der Unsicherheit leide, die darin bestehe, daß es immer noch nicht wisse, was es endgültig zu zahlen habe. Der Vertreter Frankreichs habe daraufhin die Einwendung gemacht, daß Deutschlands Reparationsverpflichtung 132 Milliarden Mark betrage. Gilbert habe ihm geantwortet, daß drei Klassen von Bonds geschaffen werden seien, Klasse A und B, die 50 Milliarden, und Klasse C, die den Rest darstellen. Klasse C dürfe aber nur herausgebracht werden, wenn die ersten beiden Klassen bezahlt worden seien.

Die Frage der Neuwahlen.

* Berlin. Dem „Montag“ zufolge haben in den letzten Tagen zwischen den maßgebenden Führern der Regierungsparteien die ersten unerbittlichen Besprechungen über die Frage der Neuwahlen stattgefunden, die akut werden würde, wenn die Verhandlungen zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei über das Reichsschulgesetz nach der Tagung des Reichsschulausschusses der Deutschen Volkspartei endgültig scheitern sollten.

„Nicht so, Schamur“, tief Span, „Tiefen alle lag mit dem Strich die neuen Schale gehen.“
„Die beiden Seiten gingen ins Haus, und Strich sollte an den Stellen hängen.“
„Ganz aber heißt ihn zurück.“
„Kann einer quatschen Kernterme ertrag es die.“
„Studer nicht länger.“
„So für nur bleiben müßen?“ fragte sie angflucht und unruhig.“
„Stomus, mit angflorstem Gesicht lag die alle.“
„Ganz so, wie geschickt, und sah hier, endigt auf die.“
„Ganz betrogen amorte der Schloffer.“ „Wir wüßen nicht, daß wir es war, gabliche Frau.“